

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhof (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dönhof 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatspreis 90 M (einschl. 70 Zustellkosten oder 1,2 M Postgebühren), bei Postzustellung außerdem 7 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Kleinere Verhältnisse für Aufträge: mm-Zeile 10 Pfennig. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10PF. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 60

FREITAG, 5. FEBRUAR 1932

MORGEN-AUSGABE

Der Triumph der Chamberlains

10 v. H. englischer Wertzoll auf alle Waren außer Getreide und Tee

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 4. FEBRUAR

Nach einer außergewöhnlich langen Frage- und Antwortzeit, die die Geburt der vollengetragenen Orléans und wohl auch der Wechsels der das Plenum und die Kammern bis auf den letzten Pfah füllenden Abgeordneten auf eine kurze Probe Probe, erobert sich zehn Minuten vor 4 Uhr der Schatzkanzler Neville Chamberlain in seiner großen Rede über die neue Zollpolitik der englischen Regierung. Sie enthält eigentlich nichts, was nicht schon vorher bekannt gewesen war, denn schließlich ist der jetzt beschlossene allgemeine ad valorem-Zollaufschlag von 10 v. H. der alte Plan, der schon in den letzten Tagen des verflochtenen Kabinetts abgehandelt wurde.

Dieser neue Wertzoll von 10 v. H. wird auf alle Waren aufgeschlagen werden, die nicht unter die alten Markennamen-Zölle und nicht unter die beiden Zoll-Rotordnungen zum Vergangenen Herbst fallen. Die bisherigen Zölle und Wertzölle werden bis zum Ablauf der Rotordere, für die sie bestim�en wurden, in den beiden letzten Kategorien also bis Mitte März, in Kraft. Dann wird sich das Kabinett auf Grund der gesammelten Erfahrungen mit beiden Kategorien neu beschäftigen.

Von dem neuen zehnprozentigen Wertzoll bleiben frei: Weizen im Korn, Brot und Zee.

Die Regierung hat weiter beschlossen, einen Ausfluß einzuleiten, der aus nicht weniger als zwei und nicht mehr als fünf Sachverständigen bestehen soll, die die Regierung über die Ausführung dieser Zölle, die Möglichkeit ihrer Verabreichung oder der Notwendigkeit ihrer Erhebung beraten sollen.

Die Regierung wird weiter das Parlament für den Handelsminister und den Schatzkanzler um die Vollmacht bitten, auf dem Wege der Rotordere den Zoll für einzelne Artikel bis zu 100 Prozent ihres Wertes zu erhöhen, oder aber auch den Zoll zu erniedrigen.

Weiter neue Wertzoll tritt gegenüber den Dominions und Mandaten sowie Indien vorläufig nicht in Kraft, bis die Reichswirtschaftskonferenz von Ottawa sich über die wirtschaftliche Zusammenarbeit von Ottawa sich über die wirtschaftliche Zusammen-

arbeit des britischen Reiches schlüssig geworden ist. Gegenüber den übrigen Kronkolonien und den Mandatgebieten werden weiter der neue Wertzoll, doch sonst neue Einzelzölle zur Anwendung gebracht werden.

Das von der Kabinettsmehrheit angenommene Zollprogramm, erklärte Chamberlain in seiner Rede, sei kein Kompromiß zwischen Freihändlern und Schutzhöllnern, sondern das Resultat beratungsbewußter Überlegungen. Es sei klar, daß man nicht hohe Schutzmauern gegen fremde Industrieerzeugnisse errichten könne und gleichzeitig erwarten, daß fremde Länder nun in erhöhtem Maße englische Produkte kaufen werden. Deshalb sei das neue Zollsystem bewußt schicklich gestaltet worden. Die Vollmacht des Handelsministers sollten als Verteilungsmittel gegen Länder dienen, die eventuell anti-englische Kampfzölle errichten würden, könnten andererseits aber auch die Möglichkeit geben, Staaten, mit denen England besonders nahe Handelsbeziehungen hat, und die gleich ihm von der Weltwirtschaft abgegangen sind, auf höhere Handelsbedingungen zu verpflichten. Ähnliche Verträge seien letzte Verhandlungen nicht nur dem Schatzkanzler der Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa beabsichtigt. Dieser Passus fand sich nur auf den Plan enger Handelsbeziehungen zu den drei japanischen Ländern beziehen.

Am Schluß erinnerte Neville Chamberlain an den erfolglosen Kampf seines Vaters Joseph Chamberlain für eine Zollunion, und wies mit hörbar besonderer Stimme auf die heutige gefährliche Stunde hin, wo das Interimhaus in Gegenwart des älteren Premier Sir John Simon und aus dem Munde seines zweiten Sohnes die Entscheidung über die Zollunion, die ein Stück seiner Vision sei. Als er sich niederließ, sprangen die Reihen der Konservativen, also bis auf vier Bänke das ganze Haus, von ihren Sitzen auf, jubelten ihm zu und schwenkten Fahnen und Drucksachen. Selbst auf der Galerie, wo unter den Lords der Prinz von Wales und der Herzog von York, und unter den „vornehmen Fremden“ der jüngste Sohn des Königs, Prinz George, saßen, läßt man — etwas unerschrocken — ein einmaliges Händelchläuten.

Siehe auch dritte Seite

Oxferpatriotismus!

Ein Stadtbild aus der bayerischen Provinz

Bericht der Vossischen Zeitung

WÜRZBURG, IM FEBRUAR

Es war der derzeitige Inhaber des ehrwürdigen, fast 1200 Jahre alten Würzburger Bischofsstifts, Dr. Matthias Ehrenfried, der zur Jahresende das weit über sein Amt hinaus vermehrte Maßnahme geprägt hat: „Durch Gewalt und Umflurz können wir dem Vaterland nicht dienen, 1932 kann uns kein Oxfer-Patriotismus und kein Oxfer-Patriotismus, sondern nur ein Oxfer-Patriotismus helfen!“ Mit diesem mutigen Appell von höchster freierlicher Stelle an Vernunft und Menschlichkeit ist die (überwiegend katholische) Bevölkerung Unterfrankens aufmerksam daran erinnert worden, was ihr angeborener lebensbehaltender und sozial-hilfsbereiter Sinn schon oftmals hat erfolgreich erkennen lassen: beherrschende Justiz und brutale Oxferpatriotismus! Seine zweite Stadt in Deutschland kann sich rühmen, ihre Würzburger und Städte in ähnlich gleicher Art zu haben, und meistens würdevoll, vereinzelt zu haben, als Würzburg; auch heute, wie immer, empfangen die „Bürgerlichen vom St. Geist“ und des „Julius-Spitals“, die sie reinen und feinsten Tropfen des Frantelandes seit Jahrhunderten gegeben und vertrieben werden, täglich ihren obliegenden Gehorsam. Das ist Oxferland, in der alten „Julianen“ Stadt, Würzburg und Venedig, am Rhein, wo sich fast überall die Volkswelt und „Wirtschaft“ (Wirtschaft) befinden, und der Lebensfähigkeit sich schon immer, und in demokratischer Gemeinverträglichkeit auf „gut bürgerlicher“ Mitte hält.

Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sind heute natürlich auch hier, in der zentrale des Weinbaus und der Weinwirtschaft, freilich überfordert: der Reinertrag zum Kleinrentner, der Weinhandel trägt über mangelnde Ausfuhr, und die Schifffahrt die Welt von Rhein herabströmend, und Holz, Getreide und Mehl, fastwärt vertrieben, unterliegt unerschöpflichen, auch im Wasserland befristlichen Schwankungen; 1931 betrug sich zwischen Bayern und Württemberg, auf 129 225 Tonnen gegenüber 146 108 Tonnen im Jahre 1930 und 80 000 im Jahre 1929. Mit bedrohlichem Geiß legt sich die Stadterhaltung für die Weiterführung der Wainauslieferung ein; bereits ist die Staatliche Erhaltung zum flammenderem Fortschritt im Bau, und auch die Erweiterung des oft ungenutzten Hafens wird für bessere Zeiten schon heute im Auge gefaßt. Im übrigen aber mangelt es, was nach der Wahrung seines mehrschichtigen Kunst- und Gartenbaucharakteres; in weiser Vorsicht ist während der jüngsten Jahre der Schönheitsbedarf nur verzichtet worden, sich in rüstige Industrieerzeugnisse einzufließen; somit liegt die Arbeitslosigkeit unter dem Reichsbuchschmitt, und der städtische Haushalt präsentiert sich abgesehen, wenn auch mit Hilfe der nicht so bald wieder zu erhaltenden Postämtern, reichlich Mittel für die regale Stadterhaltung, im Kaufmann, bzw. zur Befreiung der Bautätigkeit zu beschaffen konnte; offensichtlich ist vorordnlicher Wunsch; der bayerische Staat möge schließlich eine Beteiligung zum gemeindefähigen Bau der schon lange in Aussicht genommenen Unterfranken-Frauentalm einlösen. Nach den Feiern jenseit vom Gebirge an Wäldern von der Bogenweite und ein Stimmn Wimmelschneider wird an Pfingsten 1932 das 350. Jubiläum der Julius Maximilians-Universität festlich begangen.

Indes, die kulturellen Bedürfnisse der in hiesiger Gegend so geminderten Produktivität aufzuheben, können die Württembergischen weiteren sich nicht in hundertfacher Selbstbespiegelung über in musikalischeren Richtung hin die große Geschichte ihrer Kunst-Verhältnisse, mit deren Kunstsin und eifernden Streben ein freibildempfindendes Stadtbürgerum oftmals weitest. Neben der Pflege ihrer kulturellen Vermögensstoffe, der prunkvollen Parod- und Hofordnungen an der Spitze, die in freigelegtem Kontakt aus den hohen Schichten willkürlich herabkommen, sind die Württembergischen, ein ungenügendes, sich einseitige Interesse angewandt der Förderung des Theaters, Württemberg hat den Erfolg, mit den bescheidenen Mitteln, die ein Verantwortungsbewußtes Gewissen gegenüber den Verpflichtungen der Wohlhabendsten zuläßt, einen Stadtbetriebes Aufzubaue, der künstlerisch und wirtschaftlich für die berechtigten Ansprüche einer kulturell hochbedingten Provinzialität typisch sein soll. Für die öffentlichen Kunstausgaben in Bayern sind derzeitige kulturelle Bedürfnisse, ein ungenügendes, sich einseitige Interesse angewandt der Förderung des Theaters, Württemberg hat den Erfolg, mit den bescheidenen Mitteln, die ein Verantwortungsbewußtes Gewissen gegenüber den Verpflichtungen der Wohlhabendsten zuläßt, einen Stadtbetriebes Aufzubaue, der künstlerisch und wirtschaftlich für die berechtigten Ansprüche einer kulturell hochbedingten Provinzialität typisch sein soll. Für die öffentlichen Kunstausgaben in Bayern sind derzeitige kulturelle Bedürfnisse, ein ungenügendes, sich einseitige Interesse angewandt der Förderung des Theaters, Württemberg hat den Erfolg, mit den bescheidenen Mitteln, die ein Verantwortungsbewußtes Gewissen gegenüber den Verpflichtungen der Wohlhabendsten zuläßt, einen Stadtbetriebes Aufzubaue, der künstlerisch und wirtschaftlich für die berechtigten Ansprüche einer kulturell hochbedingten Provinzialität typisch sein soll.

277 000 Unterschriften für Sündenburg

Das Ergebnis des zweiten Tages größer als des ersten

Die ersten beiden Tage der Einzugszeichnung für den Wahlkreis Sündenburg haben 277 000 Unterschriften insgesamt gebracht, davon in Berlin 63 000. Neben bei den Berliner Geschäftsstellen der „Wirtschaftlichen Zeitung“ wurden gestern 23 977 gegen 20 022 Entzungen am Mittwoch festgestellt. Mit Ausnahme dieser Zahlen sind die bisher ermittelten 65 100 an ergebnislose vorläufige Listen. Es ist damit zu rechnen, daß sie sich bei der endgültigen Feststellung nicht unmerklich erhöhen werden.

Der bereits am ersten Tage feststellende Eindruck einer harten Bewegung für die Einzugszeichnung in die Listen des Wahlkreises Sündenburg hat sich also an dem zweiten Tage zur Gewißheit verfestigt. Auch aus der Provinz kommen Nachrichten von einer außerordentlich großen Anteilnahme, die sich vor allem in einer intensiven Auswerbung äußert. Meldungen von Einzugsmitgliedern liegen nur zum Teil vor — so von der „Neuen Zeitschrift“, die in den beiden ersten Tagen allein 13 615 Unterschriften gesammelt hat — sie lassen erkennen, daß, wie in Berlin die Zahl der Einzugsmitglieder in einer Reihe anderer Städte am zweiten Tage noch größer war als am ersten. In Berlin haben sich am Mittwoch 29 000 Personen für Sündenburg eingetragen und gestern 34 000.

Soweit sie das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, müssen sich eintragen, um dadurch an den Reichspräsidenten von Sündenburg die Bitte zu richten, sich als Volkswahlkandidaten unter Ausweisung der Parteien an die Spitze des Volkes zu stellen. Besondere Ausnahme sind für die Einzugszeichnung nicht erforderlich. Die Unterzeichnung ist persönlich vorzunehmen, mit viel Vor- und Zunamen, bei Frauen auch den Mädchennamen, Beruf und Wohnung enthalten.

Geschäfte und Privatpersonen, die Einzugsunglisten in Betrieben, Büros oder in ihren Häusern zirkulieren lassen wollen, können Formulare in der nächsten Geschäftsstelle der „Wirtschaftlichen Zeitung“ erhalten. Es wird gebeten, die Listen noch erfolgter Einzugszeichnung an die Geschäftsstelle zurückzugeben, die sie dann an die zuständigen Stellen weiterleitet.

General Sanjurjo kaltgestellt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 4. FEBRUAR

Der bisherige Oberbefehlshaber der Guardia Civil, General Sanjurjo, dem vorgeworfen wird, wurde zum Oberbefehlshaber des militärischen Polizeidienstes ernannt, und zwar zeitweilig, um öffentlich darzutun, daß die Regierung auf Sanjurjos Feindschaft angewiesen ist, wie Reichsteile behaupten. Oberbefehlshaber in Marocco wird General Gomez Borota; der bisherige Oberbefehlshaber General Cabanella tritt an die Spitze der Guardia Civil.

Tragt euch ein!

Dieser Erfolg der ersten Tage sei ein Ansporn sein, auch die weiteren Tage bis zum letzten auszunutzen. Alle Reichsbürgern, ohne Ansehen der Partei oder der Person,